

# Merseburger Tageblatt

**Bezugspreis** in der Stadt für Alkohol monatlich 360 M., durch Boten bezogen monatlich 380 M., bei Postbezug monatlich 380 M. Erhalten wertmäßig nachmittags. Einzelnummer 15 M., Sonnabends 20 M. Alle Preise freibleibend. Postfachkonto: Amt Verlag Nr. 16654. Geschäftsstelle: Bäckerstraße 4. Für unerreichte Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins der deutschen Zeitungsverleger)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 292.

Mittwoch, den 13. Dezember 1922.

162. Jahrgang.

### Pariser Unzufriedenheit über den Konferenzausgang.

#### Mißerfolg Poincarés.

Eine kurze Zusammenfassung der Kommentare aus allen Lagern läßt darauf schließen, daß weder die äußerste Rechte noch die Opposition und die Linke mit dem Resultat von London zufrieden sind.

Der negative Ausgang der Londoner Besprechungen wird in Paris allgemein als erster Mißerfolg Poincarés empfunden. Poincaré, der Sonntagabend dem Verhandlungsleiter Bonar Law grundsätzlich zugestimmt hatte, ist Montag vormittag von Paris aus, vermittelnd durch Millerand, darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Vertagung der Beratungen hier als Mißerfolg Poincarés aufgefaßt würde.

Poincaré hat darauf Montag nachmittags in letzter Stunde versucht, sich der Vertagung zu widersetzen, aber ohne Erfolg. Man nimmt an, daß es im Ministerrat, der vorwiegend heute abend nach der Rückkehr Poincarés oder spätestens morgen früh im Elysee zusammentritt zu lebhaften Auseinandersetzungen kommt und daß die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Londoner Besprechungen in den nächsten Tagen bereits in der Kammer zum Ausdruck kommt.

#### Drei Pariser Konferenzen Anfang Januar.

Man erwartet, daß im Anfang Januar in Paris zwei Konferenzen stattfinden werden. Vor allem wird die Londoner Ministerbesprechung am 2. Januar wieder aufgenommen werden und vermutlich sich über drei Tage erstrecken. Unmittelbar danach wird eine zweite große Konferenz folgen, zu der alle Mächten eingeladen werden sollen, also auch Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Japan. Man hofft, daß auch Amerika dabei vertreten sein und an den Verhandlungen teilnehmen wird. Diese zweite Konferenz wird sich mit dem allgemeinen Programm für die Abklärung der ganzen Fragen der Reparationen und der alliierten Schulden zu befassen haben. Sie wird an die Stelle der ursprünglich geplanten Schlichter-Konferenz treten. Wenn man in dieser zweiten Konferenz zu einer Entscheidung kommt, so ist es möglich, daß alle Delegationen sich nach Brüssel begeben, und dort das gemeinsame Abkommen unterzeichnen werden. Schließlich wird diese große Konferenz, zur Zusammenkunft, wenn die Vorbereitung der vier Ministerpräsidenten erfolgt hat.

#### Der Grund für den Londoner Konferenzabbruch.

Berlin, 13. Dezember. Staatssekretär a. D. Bergmann wird von der Reichsregierung für Mittwoch in Berlin erwartet. Er soll über den Verlauf der Londoner Konferenzen und für die Stellungnahme zu den deutschen Vorschlägen Bericht erstatten. Die Reichsregierung wird erst auf Grund dieses persönlichen Berichtes weitere Beschlüsse fassen. Sie steht in dem Abbruch der Londoner Verhandlungen nur eine Frage der Vertagung, die dadurch notwendig wurde, daß sich insolge der deutschen Vorschläge das Gebiet der Diskussion erheblich vergrößert. Während Poincaré die Absicht hatte, nur über eine Generalpolitik sprechen zu lassen, wurde durch die deutschen Vorschläge die Debatte weitaus durch die wirtschaftliche Problematik der Reparationen gelenkt. Das war weder für Herrn Poincaré eine geeignete Basis, noch für Bonar Law, der mit Rücksicht auf die in Washington geflossenen Verhandlungen sich über das Problem der interalliierten Schulden und der Reparationen noch kein ganz klares Bild hat machen können.

#### „Neuerst brauchbar.“

#### Pariser Blätter zu den deutschen Vorschlägen.

Über die deutschen Vorschläge schreibt das „Journal“ aus London, das sich noch vor einigen Tagen sehr entschieden gegen die neuen Verhandlungen ausgesprochen hatte: „Die Konferenz erkennt einstimmig, daß der Ton des von deutschen Kanzler beigegebenen Begleitbriefes sehr deutlich und erfreulich war. Von dem Stil der früheren Schriftsätze war er sehr verschieden. Auch die Vorschläge sind ihrer materiellen Bedeutung nach unendlich viel erweiterter als alle, die unter ähnlichen Umständen von deutschen Regierungen bisher vorgebracht worden sind. Wenn diese Vorschläge der Entente vor zwei Jahren unterbreitet worden wären, zugleich mit englischen Plänen für die Kompensation der Kriegsschulden und mit einigen Garantien, die damals leicht zu finden waren, dann hätten sie eine erste These für eine provisorische Regelung der Reparationsfrage abgeben können. Jetzt vermögen sie an der Lage nichts mehr zu ändern.“ Auch in einigen anderen Zeitungen wird anerkannt, daß die Vorschläge nicht so „unannehmbar und unbrauchbar“ sind, wie Herr Poincaré in der ersten Sitzung erklärt hat. Bonar Law und Trevelyan sollen der Meinung sein, daß in

**Anzeigenpreis** Der Spaltenpreis Millimeterjahrraum 12 M., und der Spaltenpreis Millimeter Restraumraum 54 M. Die laufende Monatsabrechnung wird vom Besucher auf seine Anzeigen bei deren Aufnahme mit 10 M. in Zahlung genommen. Hefengebühr 20 M. Porto besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigen schluß vormittags 10 Uhr. Einzelnummer wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

einige Zeit über diese Vorschläge noch gesprochen werden könnte. Diese Angaben widersprechen den getriggerten Mitteilungen der französischen Blätter, in denen die deutschen Pläne als ein „Mandier in letzter Stunde“, ohne jeden tatsächlichen Wert bezeichnet wurden. Man kann heute mit absoluter Sicherheit erklären, daß die deutschen Vorschläge vor der Heberzeugung in London einer bestimmten offiziellen alliierten Persönlichkeiten in Paris inoffiziell mitgeteilt worden sind, und daß sie von diesem Kreis einflußreichen Herren — der kein Engländer ist, — als äußerst brauchbar bezeichnet wurden.

#### Kriegsrat in Madrid.

Die Anwesenheit des neuen englischen Kriegsministers Lord Derby, im besetzten Gebiet soll benutzt werden, um die Stellungnahme und das Verhalten der englischen und amerikanischen Besatzungstruppen gegenüber eventuell im Laufe dieses Winters notwendig werdenden französischen Zwangsmassnahmen gegen Deutschland zu klären und dann um verschiedene schon seit langer Zeit schwebende, die interalliierten Besatzungstruppen betreffende Fragen endlich einer Lösung entgegenzuführen.

Die Abweisung eines an erster Stelle stehenden, altfranzösischen Staatsmannes ist wertvoll:

Wir gehen der dauernden Beziehung des linken Rheinufers entgegen, und ich fühle mich dabei sehr wohl. Es würde mir leid tun, wenn Deutschland wegen des Weins, und dann wegen anderer Beziehungen, die Bevölkerung des Rheinlandes zu erobern, unglücklich gewesen. Halten Sie es für besser, sich einzufassen oder neue Gebiete zu erobern? Ich ziehe die Beziehung und die Eroberung dem Gebrauche vor. Sie werden deshalb verstehen, warum wir eine harte Krone anrecht erhalten müssen, und werden einsehen, daß es nur ein Mittel gibt, die Ziele des Friedensvertrages zu erreichen, nämlich ihn so zu gestalten, daß unser bester Gegner nicht erfüllt sein kann.“

Aus diesen wenigen Worten geht das eigentliche Ziel der französischen Politik am deutlichsten hervor. Ein Kommando ist völlig überflüssig. Hoffentlich können jetzt die „Ge-nossen“ auch zur Einsicht, daß nur Einmütigkeit und nationale Politik uns retten kann.

#### Eine Antwort Bonar Law im Unterhause.

London, 13. Dezember. Im Unterhause richtete am Dienstag Nachmittag der Abgeordnete Kennerly die Frage an die Regierung, ob sie in der Lage und gewillt ist, vor dem Freiwerden des Parlaments am Freitag dem Hause irgendeine Erklärung zu übermitteln, die den Stand der Reparationsfrage und über etwaige von Frankreich Deutschland gegenüber geplante Sanktionen zu geben. Bonar Law erwiderte darauf, er wolle, da die Londoner Besprechungen in drei Wochen in Paris wieder aufgenommen würden, sich jeder Mitteilung über den Stand der Dinge enthalten. Bestehlich in einer Frage glaube er sich einer aufklärenden Mitteilung nicht entgegen zu können, nämlich in der Frage der interalliierten Schulden, da es den Anschein haben könnte, als habe England seinen früheren Standpunkt verlassen. Er wolle aber so genau wie möglich seine Worte wiederholen, die er in den Besprechungen mit den übrigen Ministerpräsidenten gesprochen habe. Ich habe gesagt, so sagte Bonar Law fort, es sei unangenehm, das Problem so zu lösen, daß England hinterher in Wirklichkeit allein von allen interalliierten Staaten Schäden davon haben müßte. Es lag mir sehr fern, die Summe der von Deutschland erreichbaren Zahlungen irgendwie beliebig festzusetzen und dann den anderen Mächten zu sagen: Da Ihr doch nicht Alles von Deutschland erhalten könnt, was Ihr braucht, sind wir willig unsere eigenen Ansprüche zu beschränken. Wenn wir leicht auch eine derartige Lösung in der Theorie für möglich halten, so würden wir doch bei der Ausföhrung an sie Gefahr laufen, von Deutschland und unseren Verbündeten sehr viel weniger zu erhalten, als wir jetzt Amerika schulden. Ich fügte darauf hinzu, daß meiner Ueberzeugung nach Jeder es für unklug halten müsse, solche Zahlungsansprüche von vornherein zu machen, da doch die ganze Frage in Paris wieder von vorn aufgeworfen werden müsse.

#### Bonar Law sondiert in Washington.

Havas meldet aus London, daß die britische Regierung die Washingtoner Regierung vor dem 2. Januar offiziell befragen werde über die Haltung, die die amerikanische Regierung in der Frage der alliierten Schulden bei den besiegten Staaten einnehmen werde, unabhängig von der britischen Schuld. Für deren Zahlung seien spezielle Abmachungen zwischen Washington und London im Gange.

### französische, englische und deutsche Politik.

Es ist kein Zufall, daß Lloyd George eben vor aller Welt die Gründe aufzählt, aus denen die französische Politik bis jetzt immer wieder den sogenannten Garantiepunkt zwischen England und Frankreich zur „Sicherung“ Frankreichs abgelehnt hat. Lloyd George weist aus seinen reichen „Erfahrungen“ nach, daß Frankreich bis jetzt jede Lösung, die Möglichkeit zu rückgewiesen hat, die nicht zum Endeziel der Rheinlandannexion führen. Der sog. Garantiepunkt hätte — durchaus nach englischer Absicht — Frankreich die Hände gebunden und ihm verträglich eine Aufschlüsselung des Rheinlandes oder Besetzung des Ruhrgebietes unmöglich gemacht. Daraus ließen weder Brand noch Poincaré sich lassen, und auch ein anderer Mittelpunktpunkt wird das nicht tun. Wenn Lloyd George heute die Hintergründe der französischen Politik aufdeckt, so geschieht das unter dem Druck der verstärk drohenden französischen Generalpolitik. „Sein Moratorium ohne Fäden“, das war die Grundlinie der französischen Verhandlungsvorschläge in London. Poincaré will sich vertragliche und rechtliche Grundlagen schaffen zur Rheinlands- und Ruhrannexion. Die Garantien und Fäden sollen ein Schritt weiter vorwärts zum Ziel sein. Die englische Politik kann das heute so wenig ausbauen wie zur Zeit der Friedensverhandlungen und zur Zeit des Londoner Ultimatum. Die Linie des englischen Widerstandes ist klar. Mit allen Mitteln verfuhr die englische Politik den Vormarsch- und Annerkennungswillen Frankreichs zu festeln; im Friedensvertrag durch den Ausstieg einer zeitweiligen Besetzung des Rheinlandes; im Londoner Ultimatum durch einen unerhörten Druck auf Deutschland; unvollständige Besetzung zu verhindern; auf der Konferenz in Washington gegen die Generalpolitik Frankreichs aufzutreten zu bringen; in Genua durch den Garantiepunkt, nach dem kein Staat „kriegsrechtliche Maßnahmen“ ohne Zustimmung der Vertragsgegner unternehmen dürfe; in Genoa durch Aufrichtung eines Götterfriedens, der auf 10 Jahre jede Gewalt unterbinden sollte.

Aber unbeeirrt ist die französische Politik auf ihr Ziel ausgegangen. Sie hat alle diese Bedrohungen, ihre Handlungsfreiheit zu unterbinden, durchbrochen; sie hat auf den Niedergang Deutschlands bewußt hingearbeitet, um aus dem Zusammenbruch Rhein- und Ruhrgebiet an sich reißen zu können. Sie hat jegliche Abwärtswirkungen unmöglich gemacht, hat die Reparationsverhandlungen verhindert, hat die Bankrottverkündung in Paris in die Luft gesprengt, hat einen zweiten Versuch Morgans durchkreuzt und wird auch durch seine Zugeständnisse und Besätze auf Zahlungsforderungen durch England sich von letztem Jäh abbringen lassen, wird sich in keiner Weise seine „Handlungsfreiheit“ nehmen lassen.

Es muß hier festgelegt werden, daß die Widerstandskraft und Stellung Englands inzwischen infolgedessen gebrochen sind. Die Politik Frankreichs hat England im Orient Schwierigkeiten über Schwereigkeiten gemacht, sie hat alles getan, um die Kraft Englands — von Europa abstrahierend — an Mein zu schwächen. Frankreich und England stehen sich jetzt abermals auf entscheidendem Kampf gegenüber. Und keiner der beiden ist gewillt, in dieser entscheidenden Frage nachzugeben. Alle Vorschläge der deutschen Regierung zur Lösung der Reparationsfrage, mögen sie noch so weitgehend sein, werden an den Willen Frankreichs, Mein und Ruhr zu erobern, nichts ändern können. Wir müssen uns das in diesen Tagen vor Augen halten, damit in dem Hin und Her, in der Flut von Entendungen, Beeinflussungen und Verschleierungsversuchen die klare Linie nicht untergeht.

Die deutsche Politik ergibt sich aus alledem unangenehm. Wegen die französische Generalpolitik, die den Willen Deutschlands und eine unumkehrbare Zerküftung der Weltwirtschaft zur Folge haben muß, steht der Widerstand fast der ganzen Welt. Nicht aus Liebe zu Deutschland, sondern aus eigenem Lebens- und Wachstumsbedürfnis. Diesen Willen wird es bedürfen muß die deutsche Politik mit allen Mitteln stärken. Sie muß ihm die Grundlage und Möglichkeiten zum Kampf in die Hand geben. Das heißt: keiner unserer ehemaligen Gegner ist gewillt, uns etwas zu spenden. Sie wollen herausfinden aus uns, was sich irgendwie herauslösen läßt. Sind wir nicht bereit und fähig, so werden wir nicht ablehnen, daß Menschenmühsal zu leisten, dann fördern wir die Generalpolitik Frankreichs. Wir dem Willen und den Anstrengungen zum äußersten Weihen muß verbunden sein der geschlossene, harte Wille des ganzen deutschen Volkes, keine neue Generalpolitik an Rhein und Ruhr zu dulden. Der Kampf hat diesen Willen des deutschen Vol-

tes den Vertretern der belandischen Seite gegenüber unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Aber die Politik der deutschen Regierung, die den einzig möglichen Weg der Freundschaft und gegenseitigen Unterstützung, auch in den künftigen Jahren, bedarf der geschlossenen deutschen Einheitsfront.

#### Donar Low an Cuno.

Paris, 13. Dezember. „Reuter“ meldet, daß die Entschiedenheit der Ministerpräsidenten über die deutsche Note am Montagabend in der Form einer kurzen und klaren Antwortnote Donar Low an Cuno nach Berlin geschickt wurde. Donar Low erklärte, daß sie von den verbündeten Ministerpräsidenten geprüft worden sei. Er fügt den Ausdruck seines aufrichtigen Bedauerns hinzu, daß die verbündeten Ministerpräsidenten der Ansicht seien, in den deutschen Vorstellungen unter den gegenwärtigen Umständen keine Lösung für die Reparationsverpflichtungen zu finden.

#### Eine Anfrage aus London?

Berlin, 13. Dezember. In hiesigen gutunterrichteten Kreisen verlautet, daß neuerdings eine Fällungsfrage zwischen der englischen und der deutschen Regierung über die Frage der englischen Hartguthaben hat. Die Initiative dazu soll von der englischen Regierung ausgegangen sein, die dem Wunsch Ausdruck gegeben habe, von der Reichsregierung darüber unterrichtet zu werden, ob die deutsche Industrie unter Umständen geneigt sei, eine Anleihe zu garantieren und wenn das der Fall ist, unter welchen Bedingungen.

#### Nachzügliche Haltung der Türken.

Konstantinopel, 13. Dezember. In den Dienstleistungen der Unterkommission zeigten die Türken eine weit weniger kommodore Haltung, als die Arbeiten der Konferenz wieder einige Fortschritte machten. Die Unterkommission für den Bevölkerungsaustausch, deren Arbeit durch das ständige Beharren auf der Forderung, die gefamtarische Bevölkerung aus Konstantinopel auszuscheiden zu einem gewissen Stillstand gekommen war, macht ebenfalls einen kleinen Schritt vorwärts. Die militärischen und maritimen Sachverständigen haben die detaillierte Prüfung der alliierten Vorschläge beendet, insbesondere hinsichtlich der Freiheit der Meereswege.

#### Eine Rede des Reichsministers im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 12. Dezember. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat trat heute mittags 12 Uhr zu seiner ersten Sitzung in seinem neuen Saal in der Volkshausstraße zusammen. Nach Eröffnung der Sitzung durch Präsident Edelmann von Braun eröffnet Reichsminister Cuno das Wort. Einleitend wies er auf die Schwierigkeiten hin, die den Arbeiten des Reichswirtschaftsrates durch das Fehlen eines eigenen Saales bedingt sind, und dankte für die Unterstützung und Hilfe durch den Saal für die Einrichtung des neuen Saales durch das Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium. Die Geschäftsmachung des Reichswirtschaftsrates möge auch eine Stellung seiner Arbeit im Interesse des deutschen Volkes bedeuten. Er habe in bisher bereits bewiesen, daß er unermüdet Arbeit leistet, Möge das sein Zeugnis einer Weiterentwicklung und einer Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Kräfte in unserem Lande sein. Der Reichsminister berührte auch die Reparationsfrage und erklärte, daß wir unser Soldat nicht in die Hände anderer legen dürfen als in die der Vereinten Nationen. Die Aufgabe des deutschen Volkes. Positive Mitarbeit im Interesse des Wiederaufbaues Europas ist notwendig. Schließlich gab er die Angabe, daß der Reichswirtschaftsrat als ein Organ der deutschen Bevölkerung die Tätigkeit des Herrn Garben als schädlich anerkenne. Bei diesen Worten erhob sich Herr Garben mit erhebender Hand und von seinem Stuhl und sprach mit rühmendem Ausdruck: „Auf den Vorschlag des Reichswirtschaftsrates, dem Reichswirtschaftsrat mitteilen, daß es sich hier selbstverständlich um ein Mißverständnis handelt, bedauere ich die Verwirrung, die durch den Ausdruck „als wahr anzunehmen“ bei mir nicht nicht die Bedeutung, die ihm anfangs der Privatführer beilegt. Die Verhandlung wurde auf Mittwoch vertagt.“

2. einem Beamten der Landespolizei für den ihnen gewährten Schutz ausdrücklich bekannt haben. Auch muß ich darauf hinweisen, daß der Stadtrat von dem Besuch der Kommission in seiner Weise verständigt war. Ich bedauere wiederholt, daß trotz dieses Schutzes die Belästigungen nicht verhindert werden konnten. Auch auf dem von Cuno ausgesprochenen gleichwohl befindet, so kann ich die Entschuldigung nur ausprechen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Stadterhaltung keinerlei Schuld zu verantworten hat.

#### Erweiterung der Befugnisse des Reichsfinanzministers.

Berlin, 13. Dezember. Im Haushaltsauschuß des Reichstags wurde heute ein Antrag angenommen, der dahin geht, daß der Reichsfinanzminister unter seiner Verantwortung auch den Haushaltsplan des Reichstags aufstellt, daß er aber gemeinsam mit abweichende Auffassungen des Reichstagspräsidenten als Sonderverträge dem Reichstag vorzulegen. Weiter wurden die sehr wesentlichen Bestimmungen beraten, die eine Stärkung der Stellung des Reichsfinanzministers erziehen. Finanzminister Diercks erklärte, daß die Vorlage, die der Reichsfinanzminister das Recht zuzugewinnen, Veränderungen zum Haushaltsplan, die er nicht für begründet erachtet, nach Einvernehmen mit den beteiligten Stellen umzusetzen oder völlig zu beseitigen. Auch wird dem Reichsfinanzminister die Abminderung der Reichsregierung ein Vorschlagsrecht zugebilligt. Die Ausgabe darf danach nur erfolgen, wenn sie in erneuter Abminderung von der Mehrheit der Reichstagsmitglieder beschlossen wird und der Reichstagsrat sich unter dieser Mehrheit befindet. Eine längere Besprechung war den Gesellschaften gewidmet, an denen das Reich beteiligt ist. Es wurde beantragt, daß darauf geachtet werden müsse, daß nicht Verfalligkeiten, die im Aufsichtsrat sind, gleichzeitig an der Führung der Geschäfte der Gesellschaft beteiligt seien. Der Haushalt des Reichsratsministeriums wurde nach Entscheidung einer größeren Anzahl von Stellen in der vorliegenden Form angenommen. Sodann machte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums betraut mit Verhandlungen über die Verhandlungen mit den Zigarettenfabrikanten der Reichsarbeiter über neue Feuerungsanlagen. Der Stundenlohn der ungelerten männlichen Arbeiter in der Drucksache A in der ersten Dezemberhälfte wird auf 49 Mark, in der zweiten Hälfte um weitere 39 Mark erhöht werden. Die Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Angestellten finden am Mittwoch statt.

#### Das Attentat auf Harden vor Gericht.

Im Prozeß wegen des Attentats auf den Reichsminister für den Innern, Herrn Dr. Heinrich Graf v. Helldorf, hat sich heute am 12. Dezember in der 1. Instanz das Urteil gesprochen. Der Richter hat sich für die Verurteilung des Angeklagten zu lebenslänglicher Haft entschieden. Die Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Angestellten finden am Mittwoch statt.

#### Belästigungen durch den Herrn Garben. Bitte deutsche Händler und Gewerbetreibende am Weihnachtsabend vorzuziehen, hungernd im kalten Zimmer sitzen. Mit ihnen durch reichliche Spenden zur Deutschen Arbeiterbewegung.

meine verloren habe. Auf Herrn Diercks sei der Täter einzuwirken. Nachdem der Staatsanwalt die von der Verteilung und der Gelegenheit beantragten Bedingungen von Sachverständigen über Herrn Garbens Tätigkeit als Arbeiter festgestellt worden, erklärte der Vorsitzende: „Aber wir sind nicht so wahr unterrichtet, daß ein großer Teil der deutschen Bevölkerung die Tätigkeit des Herrn Garben als schädlich anerkenne.“ Bei diesen Worten erhob sich Herr Garben mit erhebender Hand und von seinem Stuhl und sprach mit rühmendem Ausdruck: „Auf den Vorschlag des Reichswirtschaftsrates, dem Reichswirtschaftsrat mitteilen, daß es sich hier selbstverständlich um ein Mißverständnis handelt, bedauere ich die Verwirrung, die durch den Ausdruck „als wahr anzunehmen“ bei mir nicht nicht die Bedeutung, die ihm anfangs der Privatführer beilegt. Die Verhandlung wurde auf Mittwoch vertagt.“

#### Ein neuer Zusammenstoß mit Münchener Nationalsozialisten.

München, 13. Dezember. Wegen einer von der Behörde verbotenen Verlesung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei kam es hier zu Zusammenstößen zwischen einem Teil der Arbeiterklasse, meist kommunistischen Elementen, und einer Schar von Münchener Nationalsozialisten, die als Saalbesitzer hier eingetroffen war. Die Zusammenstöße betrafen die Münchener Nationalsozialisten auf Lindeberg nachts zum Bahnhof. Sie mußten nachts mit einem Zug die Stadt verlassen. Außer drei verletzten Studenten wurden neun Personen der Polizei als Verletzte gemeldet, darunter fünf mit Schnittenverletzungen.

#### Gegen die Arbeitslosigkeit.

In den Verhandlungen des Gewerkschaften mit der Regierung forderten heute die Gewerkschaften zunächst Maßnahmen gegen eine weitere Vertiefung des Arbeitsniedrigs und stellen die Forderung, daß für das Unzulängliche keine höheren Preise gezahlt werden sollen. Sie verlangen außerdem Maßnahmen, um das fällige Umlagevermögen heranzubringen. Schließlich forderten sie, die Regierung müsse für die Arbeitslosigkeit ein Mittel ansetzen, um die Maßnahmen treffen zu können, um für die Arbeitslosen Beschäftigung zu schaffen. Die jüngsten Arbeitslosenarbeiten für die Arbeitslosen vor. Die Verhandlungen wurden heute nicht zu Ende geführt.

#### Aus Stadt und Umgebung.

Von der Donau. Die Lage am Neckarburger Dom scheint infolge der kalte voriger Woche und den jetzt einsetzenden Tauwetter einen kleinen Knacks bekommen zu haben, oder es ist einfach über den kalten Winterwetterwetter und soll durch einen Brand im Jahr 1870 zerstört worden sein. Schon wiederholt konnten wir beobachten, daß die Mauer der Nacht ihre Tätigkeit eingestellt hat. Oder hat man vielleicht versucht, die Uhr ihres Pendels zu zerlegen, wie es im benachbarten Himmelsdorf geschehen ist. Sichtlich findet sich bald eine gütige Hand, die der Uhr ihren Lebensgang erleichtert.

#### Katholische Schule.

Die Schulneulage für Eltern 1923 sind am Freitag, dem 15. dieses Monats, nachmittags von 3 bis 4 Uhr in der katholischen Schule anzusehen.

#### Die Umlaufzeit für Rotgeld verlängert.

Durch Erlass des Finanzministers ist die Umlaufzeit für altes Rotgeld, dessen Ausgabe keinerlei Genehmigung worden ist, nochmals bis 5. Februar 1923 verlängert worden. Danach behält also das hiesige fälschliche Rotgeld sowohl wie auch das Rotgeld der Badischen Antiken- und Edelwarenfabrik bis zum 5. Februar n. J. seine Gültigkeit.

#### Der Provinzial-Ausschuß der Provinz Sachsen.

hat in seiner heutigen Sitzung Landesbauplatzmann Decker infolge seiner Ernennung zum Reichsminister des Innern bis auf weiteres beurlaubt. Minister Decker wird auch während des Urlaubs die Provinzialgeschäfte nach Möglichkeit weiterführen, insbesondere den wirtschaftlichen Angelegenheiten der Provinz seine Förderung zuteil werden lassen.

#### Der christliche Sozialistenvereine.

Zur Bereinigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Empfänger von Sozialrentnererhöhung werden nachstehend die zurzeit geltenden entsprechenden Sätze angegeben: Garantiertes Einkommen: für Empfänger von Invaliden- oder Altersrenten, oder Ausgeld aus der Angehörigenversicherung monatlich höchstens 1200 Mark, für Rentnererhöhung 688,33 Mark monatlich. Diese Sätze erhöhen sich für das 1. und 3. Kind um je 41,66 Mark monatlich, für das 4. und weitere Kind um je 30 Mark monatlich. Das garantierte Einkommen fest hier aus der Rente (einschließlich Zulage) plus sonstige Einkommen plus Sozialrentnerunterstützung aufkommen. Aus Arbeitseinkommen werden monatlich 1000 Mark, aus sonstigen Einkommensarten monatlich 400 Mark auf obige Sätze nicht angerechnet.

#### Der Marktverkehr.

Die Kartoffelbeschaffung hat sich in letzter Zeit wieder günstiger gestaltet. Da die Witterung bisher keine größere Frostperiode hatte, so konnte die Beschaffung ziemlich gleichmäßig erfolgen. Zu Beginn der Ernte war es der Bahn nicht möglich, die geforderten Mengen in der verlangten Zahl zu stellen, da in allen Abnahmestellen auf einmal erhebliche Mengen an Kartoffeln verlangt wurden. Seitdem hat sich das Beschaffungsproblem bei der Bahn überhaupt nicht erledigt. Die Sohlart des herkömmlichen Wasserleitungsnetzes und damit die größten Betriebsverhältnisse dürfen übernommen sein. Daher konnten in letzter Zeit die für den Kartoffeltransport nötigen Wagen nicht vollständig gestellt werden. Dies ist auf Grund der Tatsache, daß die Kartoffeltransporte sogar unter denen für Lebensmittel vorzuziehen sind. Durch die günstigen Wasserleitungsverhältnisse auf den Strömen und Kanälen ist überdies die Bahn mehr als im Vorjahr von anderen Wasserwegen, namentlich der Elbe, entlastet. Die Unklarheit der Lage und die hohen Tarife haben auch den Zählverkehr gemindert. So konnten die verkehrsunfähigen Kartoffeln zum größten Teil dem Handel der Städte zugeführt werden. Die Witterung vorläufig von den Verbänden eingemietet. Die Verwertung des Kartoffelmarktes der größeren Städte ist im allgemeinen auf längere Zeit gesichert. Die Nachfrage im Kleinhandel ist nicht allzu stark, weil sich diesmal sehr zahlreiche Verbraucher durch direkten Bezug vom Lande und durch eigene Heimfelder eindecken haben. Deshalb haben sich auch die Preise nicht allzusehr verändert. Die Qualität der Markt-Kartoffel ist durchschnittlich mäßig bis mittelmäßig.

#### Gegen den Witterungswechsel.

Sachverständigen wird mitgeteilt: Aus verschiedenen Teilen des Reichs sind Klagen darüber laut geworden, daß durch das Gehen gemessener Händler, die in eigener Person Butter oder Käse beim Erzeuger, bei Molkereien, Emmentieren, Käseereien oder anderen Milchverarbeitungsunternehmen zum Weiterverkauf aufkaufen, die Butter- und Käsepreise in die Höhe getrieben werden und die Milchmengenverhältnisse der Städte verunsichert sind. Um den Landeszentralbehörden eine rechtliche Handhabe zum Einschreiten gegen derartige Mißstände zu geben, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine Verordnung erlassen, nach der die Landesverwaltungen für ihr Gebiet oder Teile ihres Gebietes bestimmen können, daß diese Aufkäufe einer besonderen Erlaubnis bedürfen. Die Landeszentralbehörden können danach insbesondere bestimmen, daß die Erlaubnis verweigert werden kann, wenn der Antragsteller nicht als hinreichend sachverständig anzusehen ist oder sonstige Gründe vorliegen, die seine Unzuverlässigkeit in bezug auf die Geschäftsführung annehmen lassen, sowie endlich, wenn Bedenken vorliegen, daß der Erlaubnisnehmer die Erlaubnisverletzung begehen wird.

#### Die neue Serie Zeitungsmarktscheine.

Von den Reichsfinanzämtern zu 1000 Mark, mit dem Datum vom 15. September 1922 wird demnächst eine 6., 7. und 8. Serie ausgegeben werden. Die neuen Serien haben folgende besonderen Merkmale: Das Papier der 6. Serie ist weiß. Das Wasserzeichen des Papiers wird aus allen Werten heraus, hat die Aufschrift: Reichswirtschaftsamt. Dieser in Form eines Streifenwerks mit einer arabischen Ziffer als Wertzahl darstellend. Die Nummer ist in blauer Farbe gedruckt. Bei der 7. Serie ist das Papier ebenfalls weiß. Das Wasserzeichen besteht zum Teil aus Werten, zum Teil aus Punkten. Die Nummer ist in roter Farbe gedruckt. Bei der 8. Serie ist das Papier ebenfalls weiß. Das Wasserzeichen ist hell und besteht aus neben einander verlaufenden Schlangenlinien mit paarweise einander gegenüberliegenden Bindungen. Die Nummer ist in roter Farbe gedruckt.

#### Für minderbemittelte Vereine.

Um der minderbemittelten Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, während der Kette in der ausreichender Weise verpflegt zu werden, hat die Reichsfinanzverwaltung (Erlaß), namentlich auf großen Übergangspunkten die Bahnhöfe ihres Bezirks veranlaßt, frisches Trinkwasser, alkoholfreie Getränke, Kaffeeersatz, Brot ohne Auflage, unbedruckte Brotecken und viele Zuppen zu mäßigen Preisen zu liefern. Diese Dienstleistungen sind natürlich nur dann dauernd bestehen können, wenn für die Beteiligten in ausreichender Weise Gebrauch machen.

#### Derzeitiger!

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß in der Landesgruppe Mitteldeutschland vier Versorgungsstellen zur Bearbeitung von Verdünnungsarbeiten für geschäftliche und gewerbliche Oberleitungsarbeiten eingestellt worden sind. Die vier Versorgungsstellen sind: Leipzig, Halle, Erfurt und Nordhausen. Zweck der beschriebenen Abänderung der Aufstellung und Einordnung der Versorgungsstellen ist der Bereich einer jeden Versorgungsstelle in Bereiche eingeteilt, in dem wiederum eine Vertreterstelle eingerichtet ist.





# Der Silberstrein des Freigeisen Herhard Hennecke

von H. Klein-Hoffelt.

(32)

Nachdruck verboten.

Er konnte für die Rechtmäßigkeit seines Tuns anführen, daß die Ehre eines Bürgers ein viel zu kostbares Gut sein muß, als daß man sie durch leichtfertiges Vorgehen aufs Spiel setzen dürfe. Wenn das Gesetz sogar den Richter andeist, einen Zweifel zugunsten des Angeklagten auszulösen, so mußte diese Pflicht erst recht dort gelten, wo es sich noch gar nicht einmal um einen Angeklagten handelte.

Aber die belastenden Momente häuften sich. Und Grebe war nun fast entschlossen, seine Handlungsweise nicht mehr durch Gefühle, sondern nur durch Tatsachen bestimmen zu lassen.

## Bezantes Kapitel.

Um die öffentliche Meinung ist es ein eigentümlich Ding. Der eine hält sie für kindisch, und der andere glaubt, daß sie aus dem Urquell göttlicher Offenbarung schöpfe. Sie wird umschmeichelt und geschmäht, verachtet und gefürchtet; trotz ihrer Vielfältigkeit ist sie weissenlos und doch eine große Macht in unserer Zeit.

Es gibt auch Richtschnuren auf ihrem Wege. Sie verbrennt heute, was sie gestern angebetet hat, ohne daß ein ausdauernder Beweggrund für diesen scharren Wechsel ersichtlich wäre.

Da träufelt irgendeiner den Argwohn in ein willkürliches Ohr, und mit unheimlicher Schnelligkeit sind alle Ohren voll davon.

Man darf sie nicht lange mit derselben Sache beschäftigen, wenn man auf ihre Befähigung rechnen will, denn sie schlägt noch leichter um, als die eines beliebigen Einzelmenschen.

Vor einem solchen Umsturz der öffentlichen Meinung wurde auch der Kriminalkommissar Doktor Heinrich Grebe insuliggen überbracht, obwohl er zwei oder drei Tage mit Verwunderung zugehört hatte, wie der Unfall sich allmählich entwickelte.

Er betraf den Einbruch in der Petermannstraße. Dieser Einbruch war zuerst als ein merkwürdiges Ding mit allerhand pridelnden Einzelheiten betrachtet worden. Er war das Tagesgespräch, die angenehme Kitzelnde sensationelle Unterhaltung, bei der von Empörung wenig zu merken war, wenn auch die Polizei schlecht genug dabei fortam.

Denn sie hatte sich nun schon dreimal überholt lassen, schien auch nachher nicht ein und aus zu wissen, während im ersten Falle die private Konkurrenz ihre Abonnenten geschickt und ihre Geschäftler in den beiden anderen Fällen den Diebstahl erndet hatten. Zwar nur die Diebstahle und nicht die Täter, aber war das etwa ihre Sache?

Und wenn hätte sich das liebe Publikum nicht gern an der Polizei gerieben? Aber es ging, wie gesagt, doch ganz sanft ab, ein wenig schadenfroh, wenn von der heiligen Hermandad die Rede war, im übrigen aber ohne Erregung und mit viel Behagen. Man merkte deutlich, daß die Sache viel zu kesseln war, als daß sie jemand hätte miszen mögen.

Ehrlich empört war wohl ein einziger, nämlich Herr Schulze auf Haus Dechofen.

Da kam der Umsturz. Zuerst äußerte er sich in den Schanklokalen und auf der Straße. Man hatte auf einmal angefangen, die Sache von einem andern Standpunkt aus zu betrachten. Alle Welt schien plötzlich zu wissen, in welchem Verhältnis der verdächtige Museumdirektor zu dem Better der Kriminalabteilung stand. Man gab sich nicht lange mehr mit der Schuldfrage ab, sondern hempele den Fall zum Bräustein für die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz.

Wie eine ansteckende Krankheit verbreitete sich das Gerüchte und wußte schnell zur allgemeinen Empörung an.

Warum verfiel man denn nicht auch bei anderen verdächtigen Personen auf den bequemeren Einwand des Doppeltgänger? Warum legte man nur hier die Hände in den Schoß, bis es diesem sagenhaften Herrn gefiel, sich selbst zu melden?

Die Polizei war entweder blind, oder man mußte das allerhöchste von ihr denken. Sah denn sie allein nicht ein, daß es nur einen einzigen Menschen gab, der ein so großes Interesse an dem alten Kasten hatte, um ihn unter Umständen stehlen zu können?

Der gut eingearbeitete Apparat der Polizei hielt den Kommissar auf dem Laufenden über diese merkwürdige Handlung. Grebe stand mit zunehmender Besorgnis in der Brandung.

Bis zu den Streifen, in denen er lebte, drang das Gerüchte freilich noch nicht. Er trug es nicht weiter, aber er vermehrte seine Anstrengungen noch, endlich Licht in ein Dunkel zu bringen, das — er sah die Gefahr nur ganz deutlich — seinem eigenen guten Namen verderblich werden konnte.

Da kam der erste Sprechsaalartikel, natürlich in dem kleinen Käseblättchen, das nur von der Pflege des Senfationsbedürfnisses lebte.

„Eine Frage an die Polizei“ stand darüber und „Einer für viele“ darunter. Der Einfinger fragte die Behörde, ob es nicht daselbe sei, wenn zwei daselbe tun.

Das war das Signal für einen allgemeinen Feldzug der Presse.

Seentime merkte das ausgebrochene Unwetter ziemlich spät und sah ihm dann in lähmendem Entsetzen zu. Sie hatte sich nie viel um die Zeitungen gekümmert, aber nun las sie heimlich sogar das Senfationsblättchen. Sie glaubte es dem Geschieben schuldig zu sein, die ganze Größe der ihm drohenden Gefahr zu kennen.

(Fortsetzung folgt.)

**Beth's**  
Gesellschaftshaus

Im Cafe:  
Täglich Konzert  
der Kapelle Butler.

Morgen:  
Gesellschafts-Abend.

---

**Kaleinkunst-Regime**

Neues Schichtenhaus  
Tägliche abends 8 Uhr  
Sonntags abends 5 und abends 8 Uhr  
Das große Fest-Programm.  
Qualitätvolle erlesene Kostbarkeiten.  
Jeden vierten Tag Programmwechsel.

Telefon 292  
Direktion:  
H. Eilenberger

Passende  
**Weihnachts-Gelienke**  
complett  
**Herbert Fißler**  
geprüfter Optikermeister,  
Markt 24.  
Erstes opt. Spezialgeschäft.  
technische Bedienung

Kaufe für eig. Gebrauch  
**Gold Silber Platin**  
Bruch  
zu höchsten Preisen.  
**Juwelier Heine,**  
Merseburg, Burgstr. 10.



Vornehme Beleuchtungskörper  
**Landkraftwerke**  
Merseburg, Gotthardstraße 29.

**Otto Henke**  
Beleuchtungskörper



**Sung!**  
Die Tatsachen beweisen die  
höchsten Tagespreise werden erzielt für

Lampen	kg	50 Mk.
Knochen	kg	40 Mk.
Alt-Eisen	kg	60 Mk.
Alt-Metalle		
Papier	kg	100 Mk.

**M. Stange,**  
Fischerstr. Nr. 22.  
**Sung!**

**VOX**



MUSIKINSTRUMENTE  
MUSIKPLATTEN  
C. A. Klemm  
Leipzig  
Hauptmarkt 26 Fernspr. 22 006.

Morgen großer Preis-Tag.  
Zahle noch nie dagewesene Preise für  
**Gold, Silber, Ringe, Ketten, Uhren,  
Zahngelisse (Bruch).**

**Albert Brachert, Halle a. S.**  
Röppigerstr. 192 Telefon 2316  
Südwallstr. v. Bahnhof (Linie 6) bis Torstraße.  
Den ganzen Tag geöffnet. Kein Laden.

**Leipzig**  
Neumarkt 9/19.

Musterlager:  
Neumann-Ecke Kapler-  
gasse, Fernsprecher 3765

Zur Substitution kaufe ich  
laufend zu höchsten  
Tagespreisen Gegen-  
stände aus

**Gold, Silber, Platin  
sowie Quecksilber.**

**Hugo Jänike,**  
Dürrenberg a. E.  
Leipzigstr. 1 d  
Fernsprecher 367.

**Echte Orientteppiche**  
aus Privathand zu hoh. Preisen zu kauf. ges.  
Nur gut erhalt. Stücke. Angebote unter „Perser“  
an die Geschäftsstelle erbeten.

**Regulator**  
gut erhalten zu verkaufen. Angebote unter  
Regulator an die Geschäftsstelle dieses  
Blattes.

**100 Mark pro Kilo Altpapier**  
zahlt Arthur Kornacker, Papierverarbeitungswerk.

**Achtung!  
Landwirte!  
Schafwolle!**

Ich bin nur am Frei-  
tag, den 15. Dezember  
in Merseburg „Goldene  
Kugel“, Breite Str. und  
kaufe daselbst Schaf-  
wolle gegen beste Strick-  
garne in allen Farben  
ein. **Pohl,** Leipzig  
Sophienstr. 36. Wollene  
Stumpfabrik werden  
auch angenommen.  
Ohne Schafwolle wird  
kein Lohn abgegeben.

**Alte Zeitungen  
sowie Bücher**  
werden jederzeit zu höchsten Tagespreisen angekauft  
Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**G. Schaible**  
Möbelfabrik  
Halle 5, Gr. Märkerstr. 20  
am Natskeller.

Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Schlafzimmer  
Küchen und  
einzelne Möbel jeder  
Art  
amphibill in großer Aus-  
wahl

**500 Mk. Belohnung**  
Ordnl. Broche m. Silber-  
einl. verloren, geg. obige  
Belohnung abzugeben  
Gotthardstr. 37.

**Junger Büro-Angestellter  
oder Lehrling**  
aus guter Familie, mit besserer Schulbildung, arbeits-  
willig und anständig, zum 1. Januar 1923 gesucht.  
Selbstgeschriebene Angebots mit Lebenslauf  
unter 330/21 an die Geschäftsstelle dieses Blattes

**Schöne 5-Zimmerwohnung**  
mit Bad in schöner Lage Merseburgs, gegen eine  
**3-Zimmerwohnung**  
ebenfalls hier, zu tauschen gesucht. Umgang möchte  
vergütet werden.  
Offerten unter S. N. 20 an die Exped. d. Bl.

**Orten-Pappel-Rundholz**  
suche laufend zu kaufen.  
**Max Güttlich, Holzhandlung,**  
Halle a. E., Glandauerstr. 23 a.

**Haus in Halle a. E.**  
gebraucht, gut erhalt.  
Spiegelglasfenster  
zu kaufen gesucht. Offen-  
mit Preisangebot unter  
S. N. 100 an die Ge-  
schäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Herrliche Bitte!**  
Jung. vertriebenes ob-  
denkliches Ehepaar sucht  
per sofort 1 bis 2 möbliert  
Zimmer mit Kochgehe-  
gehilf. Off. a. d. Bl. erbeten  
zu tauschen gesucht.  
zu erfragen in der Zeitung.

Neu' immer Treu' und Redlichkeit  
Bis' es geht mit dir dahin,  
Und pug' in deiner Lebenszeit  
Die Schw' mit Fortadit!



# Beilage zu Nr. 292 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch, den 13. Dezember 1922

## Bismarcks Friedenspolitik.

Es hat bekanntlich seit Ausbruch des Krieges zu den bekanntesten Propagandatexten der Entente gehört, nicht nur die Verantwortlichkeit für den Weltkrieg hauptsächlich, sondern auch die angeblich imperialistische Politik des ersten deutschen Kanzlers als die letzte Ursache der europäischen Spannungen und damit des Weltkrieges zu bezeichnen. Für niemanden, der auch nur über die primitivsten geschichtlichen Kenntnisse verfügt und die große Politik der europäischen Kabinets in der vergangenen Epoche einigermaßen kennt, konnte es zweifelhaft sein, daß es sich hier um einen noch dazu ziemlich plumpen Propagandatext der Entente handelte; denn gerade die Politik Bismarcks war von jeher allen Kennern als eine aufs feinste psychologisch gegliederte Friedenspolitik bekannt. Bereits die vor wenigen Monaten erschienene offizielle Altendruckausgabe des deutschen Auswärtigen Amtes, deren erste 6 Bände sich ausschließlich mit der Politik des Fürsten Bismarck beschäftigen, zerstreute diese von der Entente verbreitete Legende ein für alle Male. Im Anschluß an diese große Veröffentlichung, die leider wegen ihres den Zeitverhältnissen entsprechenden phantastischen Preises nur den wenigsten zugänglich ist, haben nunmehr die Süddeutschen Monatshefte im Rahmen ihrer vorerfassen Sonderhefte einen neuen Band unter der Überschrift „Bismarck als Pazifist“ herausgebracht, in dem einer der Mitbegründer der großen deutschen Altendruckausgabe Dr. Johann Beyfus an der Hand der Altendruckausgabe in Knapp- und präzisierter Weise die großartige und weise Friedenspolitik des Fürsten Bismarck von allen Seiten beleuchtet. Von besonderem Interesse ist dabei die Behandlung der Frage „Wie stand Bismarck zum Präsidentenkrieg?“ Mit seinem Kaiserlichen Herrn gemeinsam verwarf Bismarck aus sittlich-rechtlicher Überzeugung jeden Präsidentenkrieg.

Als im Jahre 1875 Frankreich drohend rüstete und einflußreiche Kreise dafür stimmten, nicht die Vollendung der französischen Rüstungen abzuwarten, sondern bereits jetzt Frankreich anzugreifen, wandte sich Kaiser Wilhelm I. in einer Handbemerkung vom 16. Mai 1875 mit sehr erhitzen Worten gegen die auch in neuester Zeit wieder gangbar gewordenen deutschen „Präsidenten“.

Ganz ebenso wie der Kaiser und zwar gleichfalls mit sittlich-religiösen Argumenten äußerte sich Bismarck unter dem 13. August 1878 in einem Brief an seinen kaiserlichen Herrn in dem es heißt: „Ich würde noch heut, wie 1867 in der Luxemburger Frage, Ch. Majestät niemals zureden, einen Krieg um deswillen sofort zu führen, weil wahrscheinlich ist, daß der Gegner ihn später besser gerührt beginnen werde; man kann die Wege der göttlichen Vorsehung dazu niemals sicher genug im Voraus erkennen.“

Am Anfang des Jahres 1887 berichtete Prinz Reuß aus Wien Besprechungen des Fürsten Lobanow, der den Krieg

zwischen Deutschland und Frankreich für unvermeidlich erklärte, da „kein Franzose den Frieden von 1871 anerkenne“, und es im Interesse Deutschlands für angezeigt hielt, diese bedrohende Notwendigkeit nicht hinauszuverschieben, „obwohl Deutschland eigentlich bei einem Kriege kaum etwas gewinnen könnte“ (Nr. 1249 Fußnote). Bismarck ließ durch Graf Seebert darauf antworten: „Wir würden einen Krieg niemals aus dem Grunde führen, weil es früher oder später wahrscheinlich doch zu einem solchen kommen würde. Niemand kann der göttlichen Vorsehung so weit vorgreifen, um dies mit unbedingter Sicherheit behaupten zu können, denn es können sich im Laufe der Zeiten allerschwerlich unvorstellbare Vorfälle ereignen, welche den Ausbruch eines französisch-deutschen Krieges verhindern.“

Dasselbe Argument kehrt in den Dokumenten mehrfach wieder. In der Zeit der akuten russisch-österreichischen Kriegesgefahr, Ende 1887, schreibt er nach Wien (Nr. 1186): „Die Größe der Katastrophe, welche die Völker Österreich-Ungarns und Deutschlands mit einem österreichisch-russischen Kriege, wie immer er ausfallen mag, verbunden sein wird, legt uns die Pflicht auf, den Ausbruch desselben, wenn wir können zu verhüten, und jedenfalls der göttlichen Vorsehung nicht dadurch vorzugreifen, daß wir ihn herbeiführen, ehe er sich uns aufdrängt.“

Daß Bismarck an dieser seiner Überzeugung ohne Abwandeln festgehalten hat, beweist auch seine berühmte Rede zur Begründung der Militärvorlage vom 8. Februar 1888, wo wiederum das gleiche Argument wiederkehrt: „Es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke, das Bewußtsein, auch dann, wenn wir in einem minder günstigen Augenblick angegriffen werden, fast genug zu sein zur Abwehr und doch die Möglichkeit haben, der göttlichen Vorsehung es zu überlassen, ob sie nicht in der Zwischzeit doch noch die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen wird.“ Es ist die Rede, die mit den Worten schließt:

„Wir Deutsche fürchten Gott, und sonst nichts auf der Welt.“

Einen großen Teil der Arbeit nimmt die Analyse der englischen Politik und ihrer Grundlagen ein. Der Verfasser arbeitet hier ein so plastisches und lebendiges Bild dieser englischen Politik heraus, daß man es — trotzdem es sich auf exakte Urkunden stützt — fast künstlerisch nennen möchte. Gegenüber diesem englischen Gebäude und in Verbindung mit ihm, führt der Autor den ragenden Bau der letzten 20 Jahre von Bismarcks europäischem Schaffen auf — ein Bündnis-System und dessen Zweck und Grundlagen: Die Festigung Europas. Ganz besonders wertvoll ist die Zusammenfassung der fremdländischen Anerkennungen und Dankesbewegungen für Bismarcks Friedensarbeit — ein schätzbare Höhepunkt auf die Verleumdungen Bismarcks in der Mantelnote zum Versailles Vertrag. Dieses Heft sollte sich keiner, der um die Erkenntnis des Wesens der Politik ringt, entgehen lassen.

## Die Belastungskosten im Reichstage.

Berlin, 12. Dezember 1922.

Das Haus erledigt zunächst kleine Anfragen. Eine Anfrage des Abg. Dr. Reich (Bayrische Volkspartei) wegen Beschlagnahme von 250 Morgen wertvollen Kulturlandes zur Errichtung von Kasernen und eines Exerzierplatzes für die französische Besatzung von Neustadt a. Harz, wird von Staatssekretär Walcker dahin beantwortet, daß 280 000 Quadratmeter für Kasernenland und 160 000 Quadratmeter für einen Exerzierplatz angefordert sind. Das formelle Recht dazu könne nicht bestritten werden, doch stehen die Anforderungen im Widerspruch mit den Auslassungen französischer Regierungsvertreter, daß die Belastung die deutsche Friedensstärke nicht wesentlich übersteigen sollte. Die Bemühungen Bayerns und des Reiches, eine erhebliche Belastungsverminderung zu erreichen, seien aber erfolglos geblieben.

Einen Erfolg haben diese Vorstellungen bislang nicht gehabt. Es sind jetzt rund 23 000 Mann da, also mehr als das Doppelte der früheren deutschen Besatzung. Angefordert sind dafür ein großer Truppenübungsplatz, der weit über eine Milliarde erfordert, zwei Flugplätze und zwei große Exerzierplätze, für die hochverfügbares Ackerland abgegeben werden mußte, vier Munitionsdepots und zwei Benzindepots, die rund eine Milliarde kosten und der landwirtschaftlichen Nutzung wertvolle Gelände entziehen. Außerdem sind in Neustadt, Ludwigsfelde, Kalberslautern, Gaden und Markmitzenhain Kasernenbauten für vier Milliarden erforderlich. Dazu sind 508 Offiziers- und 338 Unteroffizierswohnungen erbaut und eingerichtet worden, während zahlreiche deutsche Familien unter den drückendsten Wohnungsverhältnissen leben. Bisher sind 800 Wohnungen mit 3700 Zimmern und 732 Einzelzimmer beschlagnahmt. Außerdem sind zahlreiche andere Baukosten in Anspruch genommen, darunter 11 Fabriken, 33 Schulräume u. a. m. Die Gesamtkosten ohne die Entschädigung der alten Zimmer belaufen sich auf 8 034 000 000 Mark. Wie hoch die Ansprüche der Besatzung noch werden, läßt sich bei der fortschreitenden Geldentwertung noch nicht annähernd angeben.

## Grundsteuerdebatte im Landtage.

Berlin, 12. Dezember 1922.

Das Gesetz über den Verkehr mit Grund und Boden, das für die Reichsfinanzmittel von Reichsfinanzen die Genehmigung vorhält, wird an den veräußerten Gemeindefiskus überwiesen. Das Haus wendet sich alsdann dem Gesetzentwurf über die neue Grundsteuer zu.

Abg. Dr. Böttig (Soz.) betont, daß seine Partei trotz schwerer gegenwärtiger Bedenken dem Entwurf zustimme, zumal es sich hier nur um eine vorläufige Regelung handle.

Abg. Roenhardt (Zentrum) wendet auf den Konflikt, in den Staatsinteresse und Selbstverwaltung geraten seien. Einmal war die Gemeinde-Selbstverwaltung Preußens etw. Selbst beim Zusammenbruch der Rolle Erbacher sich noch schützte, zu fordern, daß die Gemeindefiskus den Reich überantwortet würden. Seitdem sind wir aber durch die bittere Not zu immer größeren Eingriffen in die Gemeinde-



was sie gezwungen worden und nähern uns allmählich dem französischen Prästanzsystem, das gar nicht zur deutschen Eigenart paßt. Darum sagen wir: Bis hierher und nicht weiter. Wir dürfen den Gemeinden nicht die Steuerquellen nehmen, deren sie zu ihrem Leben bedürfen.

Hg. Dr. P r e p e r (Deutschnational) will an dem Gesetz mitarbeiten, erweitert aber bestimmte Änderungen, um ausführen zu können. Vor allem müssen die Kommunen als die Gläubiger dieser Steuern anerkannt werden. Dann muß die Steuer als eine reine Ertragssteuer, nicht als Vermögenssteuer behandelt werden. Von einer Staffelfung dürfte überhaupt nicht die Rede sein. Außerdem fordern wir eine Kontingentierung der Grundsteuerzuschläge. Wir schlagen einen Satz von 3000 vor und werden bei der dritten Lesung über diese Frage namentliche Abstimmung beantragen.

Finanzminister Dr. M i t t e r: Angehts der bitteren Nachdenklichkeit, dem Staat neue Einnahmequellen zu erschließen, darf die deutschnationale Partei für sich kein Sonderrecht in Anspruch nehmen. Auch der Standpunkt des Herrn Rehnardt, der den Entwurf vom Standpunkt des Steuerabgäbers aus als unerträgliche Last bezeichnet, ist nicht gerechtfertigt. Glauben Sie vielleicht, daß Minister feinerheit auf die Gewerbe- und Grundsteuer verzichtet hätte, wenn er die jetzigen Verhältnisse hätte voraussehen können.

Hg. Dr. V e l d i g (Deutsche Volkspartei): Trotz aller Worte sei das Haus sich darüber einig, daß die jetzige Grundbesitzverteilung des Grundvermögens unhaltbar sei, daß die Gemeinden sich in einer schweren Finanznot befinden, und daß die Lage für Preußen deshalb so schwer sei, weil ihm die frühere Freiheit der Steuererhebung genommen wurde. Wenn auf Grund der Vorstöße der Reichsregierung eine Regelung der Reparationslasten herbeigeführt werde, so werde das gesamte Geld des Reiches nicht weiter durchgeschleppt werden, vielmehr die Möglichkeit eines Aufstieges sichtbar und damit die finanzielle Situation des Reiches gegenüber den Ländern eine günstigere verändert sein. Wir wollen die Grundsteuer als Staatssteuer. Wenn der Staat den Gemeinden Mittel gewährt, muß er auch Einfluß auf die Verwendung haben. Daher ist die staatliche Aufsicht über die Gemeinden zu verfrachten. Trotz mancher Bedenken im einzelnen stimmen wir aus prinzipiellen Gründen dem Entwurf zu.

Hg. H ö p f e r - W i s s e r s (Demokrat) fordert Staffelfung der Steuerlast. Der Großgrundbesitz müsse härter herangezogen werden, als Mittel- und Kleinbesitz.

Das Haus verlegt alsdann die Weiterberatung auf Mittwoch, mittags 12 Uhr. Schluß gegen 6 Uhr.

### Klante vor Gericht.

Berlin, 11. Dezember. Vor der zweiten Strafkammer am Landgericht III in Berlin begann Montag der mit Spannung erwartete Prozeß gegen den Reittionsminister Max Klante und fünf seiner Helfer.

Klante, ein offenbar sehr leidender Mann, dem der Vorsitzende einen Gehilfen reichlich läßt, macht einen sehr wenig fortreichenden Eindruck, wie man nach seinen Klante-Prophezeien annehmen möchte. Er ist eine kleine, fast unscheinbare Persönlichkeit. Der erste Eindruck ist der des größten Erkennens, daß Hunderte von Reuten auf Klante diesem Manne ohne weiteres ein so unbegrenztes Vertrauen schenken konnten.

Den Angeklagten werden Wetzen, Klantenspiel und Konturvergehen zur Last gelegt. Es handelt sich um den erwähnten Zusammenbruch des Klante-Kongress. Der Zuhörerdruck ist überfüllt. Zugende von „Interessierten“ hatten Forderung auf den Verhandlungsbeginn vor dem Hauptportal gewartet. Klante schilbert, lobt und ohne Unter-

brechung, seinen Lebenslauf, wie er in dem Reberichts bereits eingehender behandelt wurde. Er ist kleiner Leute Kind, hat alle möglichen Geschäfte gehabt, er gibt auch zu, daß seine Frau öffentliche Unterfertigung bezog. Mit Nachdruck versichert heute Klante, daß er diese Beträge dem Stadt Breslau, sowie er wieder Geld verleihe, zurückzahlen wolle. Allmählich kam Klante, da anderes nicht recht gehen wollte, auf den Turf, er hatte auf Rennbahnen ein paar mal richtiges Glück und wurde Besitzer von Rennpferden.

Hr. Dr. Barum gründeten Sie eine G. m. b. H. Angekl.: Ich habe nicht gewußt, was alles damit verbunden ist. Es lag für mich gar keine Veranlassung zu dieser Gründung vor. Mir wurde das aber warm empfohlen. Ich selbst hatte 1920 300 000 Mark und einige Rennpferde erworben. Mir stolzt erklärt der Angeklagte, es gab keinerlei noch keinen zweiten derartigen Kongress. „Meine Idee war neu!“ lieber seine Klante äußert sich Klante dahin, es seien viele Klumpen darunter gewesen, die gleich erworben wollten, wenn sie nicht genug bekommen. Um auch die juristische Seite zu bedenken, sei der Referendar Dr. Weichenbach engagiert worden.

Hr. Dr. Sie hatten die Bureau in Karlsruhe und schließlich 40 Vertreter überall in Deutschland. Angekl.: Ja meist waren es erst Klante, mit denen ich es gut meinte, ich habe sie verdienen lassen wollen. Niemand brauchte ich nach Vertretern zu injizieren.

Klante berichtet weiter, daß er schließlich ein Café in der Or. Frankfurter Straße faufte, und zwar aus eigenen Mitteln für 140 000 Mark. Er habe selbst viel an Foto gewettet und gut verdient. — Von einem Scherenrennen hört man dann. Der Angeklagte berichtet heftig, sein Bureau in dem Café mußte immer weiter ausgedehnt werden. Daraus entstanden neue Wetzungen, Erprobungs-, Rechtsabteilung uhm. Mit dem Scherenrennen wollte er überall zum Personal hinsehen können. (Heiterkeit).

Hr. Dr. Es ist richtig, es herrschte ein harter Betrieb, auch nach Bureauauflösung kamen Leute, die ihr Geld durchaus los sein wollten.

Klante erzählt nach weiter seinen Betrieb und gibt dann als einen Hauptgrund seines Zusammenbruchs das Entgehen der Finanzämter an, die aus seinem Geschäft etwa 16 Millionen herauszogen. Wie fast freischwebend Stimme ruft der Angeklagte in den Saal: Mein Schlem hat sehr gut und auf Jahre gerechnet. Ich mußte aber kaputt gehen, wenn man mich so lahm legte.

Bei der weiteren Bemerkung Klante an ersten Verhandlungstage bringt der Vorsitzende wiederholt in den Angeklagten, daß sein Geheimnis dem Gerichtshofe zu verfallen, denn dies sei doch der Angelpunkt der Anklage. Klante weigert sich aber, verlangt Ausfluß der Leffenshaftigkeit. Ein Vertreter ruft an, daß die Zuhörer freiwillig hinausgehen. Der Vorsitzende hat dagegen nichts einzusetzen und wartet einen Moment, aber keiner der Zuhörer rührt sich von seinem Plabe. (Große Heiterkeit). Der Angeklagte behauptet, daß er kein System, das außer ihm kennen gewettet. Es sei aber zu beachten gewesen, daß das betreffende Pferd nur ein bestimmtes Gewicht habe. Auf dieses Pferd will er dann durch sämtliche Rennen haffelweise gesetzt haben. Klante behauptet, daß er, wenn er dieses System im Jahre 1921 bis zum Schluß hätte durchhalten können, bei einem Einsatz von anfänglich 10 000 Mark 32 Millionen gewonnen hätte. Vorsitzender: Nun müssen wir ja alle reiche Leute werden, denn wir wissen doch jetzt, wie es zu machen ist. (Heiterkeit). Klante zuckt die Achseln,

ohne etwas zu erwidern. Die Verhandlung wird heute fortgesetzt.

### Maximilian Harden-Prozeß.

Berlin, 12. Dez. Nicht vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig fordern vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin beginnt heute der Prozeß wegen des Mordanschlags auf Maximilian Harden. So werden heute der Landwirt Herbert Reichardt aus Oldenburg und der Buchhändler Albert Grenz aus Wilhelmshafen vor die Geschworenen des Landgerichts treten, das für den Ort ihrer Tat zuständig ist. Der Haupttäter Unterfermann ist flüchtig.

Für die Verhandlung sind drei Tage freigegeben, doch kann man immerhin damit rechnen, daß der Prozeß sich sehr viel rascher wird durchführen lassen. Die Angeklagten sind geländig, Reagen sind nur wenig nötig, soweit es sich um die Aufstellung der Tat selbst handelt. Die Sache nach den Hintermännern wird hier wohl von vornherein verweigert sein, und die Angeklagten selbst werden gewiß nichts tun, um den Prozeß aus dem striminelles ins Politische hinüberzuipeln. Rechtsanwalt Wlog, aus den Leipziger Prozeßen bekannt, vertritt sie. Dem Nebenkläger Hardens steht Rechtsanwält Grünbach zur Seite, die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Schneider.

### Turnen, Spiel und Sport

#### Die erste Klasse im Zaalgaun.

Rur recht langsam geht es mit den Ausständen aus der ersten Serie in der ersten Klasse vorwärts: am vorigen Sonntag kamen nur drei Spiele zur Erledigung, da das Treffen Olympia — 1910 den eisbahnähnlichen Bodenverhältnissen zum Opfer fiel. Als erster Verein beendete der Sp. v. r. v. e. i. n. 9. 9. Merseburg seine zehn Spiele der ersten Runde: einen glänzenden Abschluß brachte ihm der 8:1-Sieg über die Sportvereinigungen in Halle. Damit hat der vorjährige Meister die erste Serie abermals unge schlagen hinter sich gebracht, lediglich durch das 0:0-Ergebnis in Ammendorf büßte er einen einzigen Punkt ein. Das Torverhältnis von 32:3 stellt somit dem Sp. v. r. v. e. i. n. 9. 9. als ganz besonders der Hintermannschaft ein beachtliches Zeugnis der Leistungsfähigkeit aus. — Sportbruder vermachte Eintritt erst in letzter Minute mit 1:0 zu schlagen, während Viereiben in Redeburg mehrheitsweise mit 4:2 unterlag. Die restlichen Spiele werden nun an den folgenden Sonntagen, — auch Feiertagen und Schwebel — nachgeholt, damit die zweite Runde am 7. Januar ihren Anfang nehmen kann. Die Tabelle zeigt — nach Minuspunkten geordnet — folgendes Bild:

1. Klasse		Spieler	Tore	Punkte		
Sportverein 99-Merseburg	10	9	1	32:3	19	1
Alumppia-Halle	9	7	1	37:10	14	4
Ammendorf 1910	8	4	2	27:14	10	6
Sportbrüder-Halle	8	4	2	17:12	10	6
H. G. Preußen-Merseburg	6	2	2	9:14	6	6
Dalle 1910	6	2	2	4:0	9	6
Sp. v. r. v. e. i. n. 9. 9.	9	4	1	17:25	9	9
Sp.-S. Nietleben	9	4	1	19:19	8	10
Eintracht-Halle	8	2	1	11:22	4	12
Germania-Merseburg	8	1	1	12:22	3	12
Sp. v. r. v. e. i. n. 9. 9.	9	1	1	9:40	1	17